

# Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Kleinste Zeitung des Bezirks

**Bezugspreis:** Vierteljährlich 2 Mk. ohne Steuern. — Einzelne Nummern 20 Pf. — Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 3. Gemeindevorstands-Kontokonto Nr. 3. — Postkontokonto: Dresden 12548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

**Anzeigenpreis:** Die sechsstelligen Postnummern 1/2 Pf. oberhalb der Hauptnummern; 1 Pf. im amtlichen Teil (nur von 10 Ubr.) die Zeile 200 Pf. — Einzelzeile und Bekanntheit 300 Pf.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Jehne. — Druck und Verlag: Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Nr. 279

Mittwoch den 30. November 1921

87. Jahrgang

## Vertikales und Sächsisches

**Dippoldiswalde.** Trotz der Kälte herrscht auf dem Bauplatz des Gasometers an der Staatsstraße nach Altenberg, hinter dem Kirchhofe, noch regstes Leben. Vom frühen Morgen bis weit in den Abend hinein wird dort gearbeitet und geklopft, will man doch möglichst bald mit der Anlage fertig werden. Am Montag mittag beschäftigten die Herren des Ratshollegiums und ein großer Teil des Stadtverordnetenkollegiums den Bau und erhielten von Herrn Oberingenieur Ulf in lebenswüchsigster Weise alle nötigen Erläuterungen. Der Gasometer wird im Auftrage der Thüringer Gasgesellschaft zu Heidenau von der München-Augsburger Maschinenfabrik erbaut. Man hofft, ihn bis Weihnachten noch vollenden und noch in diesem Jahre in Benutzung nehmen zu können. Schwierigkeiten beim Bahntransport und Erlangung der Ausfuhrerlaubnis (die Lieferung kommt aus dem besetzten Gebiet) hatten den Baubeginn etwas verzögert. Neben einer Zahl geschulter Leute aus der erbauenden Fabrik ist eine größere Menge Einheimischer zu Hilfsdiensten herangezogen worden. Die Höhe des Behälters wird etwa 25 Meter betragen, der Fassungsraum an Gas 1500 Kubikmeter. Es ist jedoch möglich, bei Bedarf den Bau auf Doppelt zu erhöhen und damit auch den Fassungsraum zu verdoppeln. Der Gasometer ist entgegen der früher üblichen runden Form zylindrisch und aus Eisen. Das Gewicht der Eisenteile beträgt etwa 70 Tonnen. Auf dem von Herrn Baumeister Fritsch ausgeführten Zementfundament und dem eisernen Boden steigt der Mantel empor, in dem die nach oben abschließende Scheibe läuft, sich hebt und senkt, je nach dem vorhandenen Gasdruck. Die Abdichtung der Scheibe geschieht durch einen an ihrem inneren Rand laufenden Leinwandfackel und Teer. Der Teer, der sich ringsherum in größerer Menge befindet, läuft auch im Innern des Behälters langsam nach unten und wird in 2 Kästen gesammelt. Sind diese Behälter nahezu voll, so löst ein Schwimmer einen Motor aus, der den Teer wieder nach oben pumpt. Durch diese Teerdrichtung wird der sonst übliche Wasserabfluß hinfällig und ein Einfrieren des Gasometers ist unmöglich. Drückt später das Gas die Scheibe in die Höhe, so geschieht dies zur Zeit durch Luft, die von einem Nebengebäude aus je nach Bedarf eingepreßt wird, denn durch eine sinnreiche Konstruktion hält die Scheibe jetzt auch das am Neuhorn des Gasometers befindliche Vaugerüst. Je höher der Bau steigt, um so höher wird die Scheibe gepreßt und damit das Gerüst gehoben. Zurzeit fehlen noch ringsherum 4 Reihen von Platten, dann wird eine Reihe etwa 1 1/2 Meter hohe Glasplatten aufgesetzt und nach Anbringen des Umganges und der Treppen ist der Gasbehälter fertiggestellt. Erfolgte im unteren Teile das Nieten mittels einer elektro-pneumatischen Nietmaschine, die den Besuchern ebenfalls gezeigt wurde, so geschieht es jetzt mittels Hand. Die ausstehenden Nietenteile werden dann an den Führungsstreben, an denen auch an der Scheibe befestigte Führungsrollen laufen, elektrisch abgeschlossen, um alle Unebenheiten zu entfernen. Da beide Teile, Auftraggeber wie Erbauer, größtes Interesse an der Fertigstellung dieses Behälters haben, der etwa 1 Million Mark kosten wird, so darf man hoffen, daß auch wirklich gegen Ende des Jahres der Gasometer in Betrieb genommen werden kann. Ein gleichmäßiger Gasdruck, in letzter Zeit hat man darüber allerdings nicht zu klagen gehabt, wird die Folge der Inbetriebnahme sein. Freilich eine bittere Pille kommt dabei doch mit. Wie es heißt, steht auch eine neue Gaspreiserhöhung in Aussicht. Hoffentlich bleibt sie in mäßigen Grenzen.

Zu der von uns gestern gebrachten Notiz, betr. das Schlittschuhlaufen auf der Vortreppe, möchten wir heute noch ergänzend bemerken, daß ein Aufenthalt auf dem Eise der Treppe (auch der Vortreppe) nur mit größter Vorsicht stattfinden kann. Zurzeit ist das Eis über 11 Zentimeter stark und fragsfähig, schwächere Stellen sind jedoch möglich und gefährlich; jetzt nun noch Tauwetter ein, wird der Aufenthalt erst recht gefährlich. Sollte eine Person eindreuen, ist es nahezu unmöglich, sie lebend wieder an Land zu bringen. Ein Einschreiten bezw. Verwarnen der städtischen Polizeiverwaltung ist nicht angängig, da die Sperren im Privatbesitz der Trepptengenosenschaft sind, die aber jegliches Betreten schon in früheren Jahren verboten hat und jenes Verbot besteht auch heute noch zu Recht. Jedermann sei also gewarnt und besonders Eltern möchten darauf sehen, so schön und gesund das Schlittschuhfahren ist, die Eisdecke der Sperre nicht zum Eislauf benutzen. Wie uns übrigens vom Rathaus mitgeteilt wird, werden die Arbeiten am großen Teiche, die wesentlich größer waren, als man voraussehen konnte, etwa Ende dieser Woche beendet werden. Man wird dann

sofort das Wasser hereinlassen und kann, anhaltenden Frost vorausgesetzt, damit rechnen, daß gegen Ende der nächsten Woche der große Teich zum Schlittschuhfahren freigegeben werden kann. So lange mag alt und jung die Freude des Eislaufs noch zurückstellen und sich nicht unnötig in Gefahr begeben.

**Ripsdorf.** In der am 22. November im Hotel „Salall“ stattgefundenen Versammlung von Fremdenheimbesitzern aus Bärenfels, Bärenburg und Ripsdorf wurde unter Leitung des Ehrenvorsitzenden des Verbandes deutscher Fremdenheime, Oberbürgermeister am Ende-Dresden, eine „Ortsgruppe Ripsdorf-Bärenfels-Bärenburg“ des Verbandes gegründet, der sämtliche Erschienenen beitraten. In den Vorstand wurden gewählt: Herr Hugo Bartl-Bärenfels (Villa Lydia) als Vorsitzender, Herr Ranst-Bärenburg als Schriftführer und Frau Helene Hänfel-Ripsdorf (Haus Sonnenblick) als Kassensführerin. — Kein Stand leidet so sehr an dem Mangel des beruflichen Zusammenschlusses, wie der der Fremdenheimbesitzer (Damen und Herren). Der Verband hat es sich zur Aufgabe gemacht, alle Kräfte zu sammeln und durch zielbewusstes Eintreten in allen den Beruf angehenden Fragen die Rechte und wirtschaftlichen Forderungen seiner Mitglieder zu wahren und zu fördern. Viele Fremdenheimbesitzer stehen dem Verbands fern, weil ihnen die nützliche Tätigkeit des Verbandes nicht genügend bekannt geworden ist. Der Verband deutscher Fremdenheime ist der gegebene Sammelplatz für alle Berufsgenossen, um durch vereinte Kraft dem Stande und sich selber zu nützen. Organisation und Zusammenschluß haben bis jetzt jedem wirtschaftlichen Kreise Vorteile und Segen gebracht. Einigkeit macht stark! Stehe darum niemand beiseite, wenn es den Beruf und seine Hebung gilt.

In Dresden haben einige Hotels an ihren Eingangstüren folgende Bekanntmachung angebracht: Polnische und französische Gäste sind in diesem Hause nicht erwünscht und werden nur gegen einen Aufschlag von 100 Prozent auf den Zimmerpreis aufgenommen, welcher Aufschlag reiflos der Flüchtlingsfürsorge für Oberschlesien zugeführt wird.

**Maxen.** Am Mittwoch den 30. November abends pünktlich 8 Uhr wird im Erdgericht zu Maxen ein Kirchgemeindeabend stattfinden. Herr Superintendent Dr. Zwernert aus Pirna wird sprechen über das Thema: Warum wir in der Kirche bleiben.

**Pirna.** Der Bezirk der Amtshauptmannschaft Pirna beabsichtigt, ein Darlehen von 500 000 M. zur Verbilligung von Kartoffeln aufzunehmen.

**Nadebühl.** Fremde Valuta-Käufer suchten auch die hiesigen Geschäfte heim, wobei sie es vor allem auf Goldwaren- und Konfektionsgeschäfte abgesehen hatten. Erfreulicherweise scheiterten die Ausverkaufversuche der Fremden an dem festen Widerstand der heimischen Geschäftsleute. — Hoffentlich ist dies allerorts der Fall.

**Meißen.** Der Bezirksausschuß der Amtshauptmannschaft Meißen hat 300 000 M. aus Bezirksmitteln zur Durchführung einer Hilfsaktion für die Klein- und Sozialrentner des Bezirks bewilligt.

**Wilsdruff.** Schnell erwischt wurde am Sonnabend ein 22-jähriger Mann von auswärtig, der aus dem hiesigen Altersgruppen eine ziemliche Menge Rosinen und Margarine gestohlen hatte. Ein im „Lindenschloßchen“ wohnender Bahnbeamter begegnete, als er früh 4 Uhr zum Dienst ging, einem mit Rucksack und Paket schwer beladenen Mann und erkannte denselben wieder, als er in Kesselsdorf den Frühzug nach Pöschappel bestieg. Der Beamte hatte inzwischen vom Diebstahl erfahren und ließ den Mann festnehmen. Die Untersuchung ergab die Richtigkeit des Verdachts.

**Deutschendorf bei Rössen.** Sämtliche Parteien hatten sich bei der Gemeinderatswahl auf eine Liste geeinigt, daher keine Wahlen. Somit gewählt: 2 Landwirte, 2 freie Berufe, 2 Beamte, 2 Arbeiter.

**Freiberg.** Der Kreisausschuß hat die Freiburger Musikinstrumentensteuer in der vom Stadtrate vorgeschlagenen und von den Stadtverordneten bewilligten Fassung abgelehnt und dem Stadtrate zur nochmaligen Beratung überwiesen.

**Oßels.** In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde einstimmig ein Antrag der selbstbestohlenen Mitglieder angenommen, wonach der Rat ersucht wird, bei den zuständigen Behörden dahin zu wirken, daß für die Einziehung der Reichsteuern außergewöhnliche Maßnahmen ergriffen werden. Sämtliche finanzielle Hilfe könne dem Reich, Staat und den Gemeinden gebracht werden durch die umgehende Hinausgabe vorläufiger Steuerzettel auf Grund der Selbstschätzung an die großen Steuerpflichtigen und spätere Verrechnung auf die endgültigen Beträge. Die Gemeindebehörden seien zur Übernahme dieser Vorarbeiten zu verpflichten.

**Niederwiesa.** In der Nähe des Gasthofes zur „Linde“ wurde Sonntag abend kurz vor 9 Uhr in der Dunkelheit auf einen allein des Weges kommenden jungen Mann ein Raubüberfall verübt. Der Angreifer trat plötzlich einem Passanten in den Weg und verlangte von ihm die Uhr und Bertsachen. Als der Ueberfallene dem Wunsche nicht willfahrte, schlug der Angreifer mit einem schweren Stod auf ihn ein; es gelang dem Fußgänger aber, zu entkommen. Der Täter ist noch nicht gefaßt.

**Markneukirchen.** Der Kartoffelausschuß war auch dieses Jahr bereit, Kartoffeln für die ärmere Bevölkerung zu beschaffen. Trotz Bemühung war es aber nicht möglich. Einer Besprechung mit dem Straßenmeister Lang zufolge beauftragte der Ernährungsausschuß den Straßenmeister, Kartoffeln in seiner Heimat für die Stadtgemeinde zu kaufen. Das war ihm auch gelungen. — Die Auflösung des Kartoffelausschusses ist auf Antrag eines Stadtverordneten dieses Ausschusses beschlossen worden, da man denselben als überflüssig betrachtete und der Ernährungsausschuß dieselben Ziele wie der Kartoffelausschuß verfolgte.

**Falkenstein.** Die Beteiligung an einer Stadt- und Landbank in Auerbach i. V. wurde hier vom Stadtverordnetenkollegium einstimmig abgelehnt. Man hält den Beitritt zurzeit nicht für günstig; die Stadt habe keine Mittel zur Verfügung.

**Berbau.** Vor einigen Tagen ist ein Unbekannter in die Wohnung einer hiesigen Familie gekommen. Unter der Angabe, er sei Kriminalbeamter von auswärtig, hat er der allein anwesenden im Wochenbett liegenden Ehefrau ein Schriftstück vorgelegt, in dem sie bescheinigen sollte, daß der Ehemann einen Gefäßdiebstahl in einem Nachbarort begangen hätte. Von dem Mann eingeschüchtern, hat die Frau auch die Unterschrift geleistet. Als der Ehemann abends von der Arbeit heimkam, fand er die Ehefrau bedenklich erkrankt vor, infolge der erlittenen Aufregung. Auf die erstattete Anzeige des Ehemannes hin wurde der Unbekannte als ein in einem Nachbarort wohnhafter Arbeiter festgestellt, der in einem Gefäßdiebstahl als Beschuldigter verwickelt ist. Um sich von dem Verdacht zu befreien, hat er dem Beschädigten gegenüber seinen Mitarbeiter als Täter angegeben wollen.

**Bauhen.** Die Bädermeister der Stadt Bauhen haben infolge der ganz bedeutend erhöhten Preise für Weizenmehl, Rohle, Hefe und der allgemeinen Geschäftsunkosten den Preis für eine marktfreie Semmel auf 75 Pfennige festgesetzt.

**Bauhen.** Das sächsische Arbeitsministerium hat in den laufenden Textilarbeiterausstand eingegriffen und die Parteien zu Vorbesprechungen eingeladen, die hoffentlich von Erfolg begleitet sein werden, da die Fortdauer der Lohnbewegung gerade im jetzigen Augenblick Arbeitnehmer wie Arbeitgeber schädigen muß.

**Zittau.** Nachdem schon im Frühjahr das Klosterstift St. Marienthal (Rauß) die Vereinigung der Gemeinden Kusdorf und Klosterfreiheit und des Klosterstifts zu einer neuen Gemeinde Marienthal angeregt hatte, ist nun nach wiederholten langwierigen Verhandlungen, die meist unter Leitung des Amtshauptmanns Richter stattfanden, gelungen, eine Einigung über ein Vereinigungsortgesetz zu erzielen, das die Vereinigung der drei genannten Gemeindegörper mit dem 1. Januar 1922 vorseht. Die Wahlen für den Gemeinderat der neuen Gemeinde Marienthal sollen bereits am 18. Dezember d. J. stattfinden.

## Entstaatlichung der Eisenbahn.

Die Frage der Entstaatlichung der Eisenbahn steht augenblicklich allenthalben zur Debatte. Es ist deshalb von Interesse zu hören, welche Gründe für die Entstaatlichung ins Treffen geführt werden. Ein Fachmann und Kenner der Dinge äußert sich dazu wie folgt:

„Der Staat als solcher ist, ganz allgemein gesprochen, heute nicht mehr in der Lage, große Unternehmungen zu betreiben. Durch den politischen Umbruch hat unser Staatswesen nicht nur sein äußeres Gesicht geändert, es hat auch innerlich eine tiefgreifende Wandlung durchgemacht. Die Disziplin des alten Staates ist verschwunden, damit ist eine der wesentlichsten Voraussetzungen, die den Staat zur Leitung großer Betriebe befähigen, in Wegfall gekommen. Zu dem Betriebe riesiger Erwerbsunternehmungen, wie sie die Staatsbetriebe darstellen, gehört vor allem ein außergewöhnlich großes Betriebskapital oder doch wenigstens ein fest gegründeter Kredit, sich Betriebsmittel in jeder gewünschten Höhe zu beschaffen. Während es für den alten preußischen Staat sehr leicht war, am offenen Geldmarkt Eisenbahnanleihen aufzunehmen, ist dem Reich, wie die Verhältnisse nun einmal liegen, ein derartiger Weg so gut wie verfallen.

Das ungeheure Defizit der Reichsfinanzen hat das Vertrauen der Geldgeber auf das Stärkste erschüttert. Es kommt aber noch ein weiteres Moment hinzu, das den Staat zur Leistung von Betriebsverwaltungen ungeeignet erscheinen läßt: die Salutaschwankungen und die dadurch bedingten wirtschaftlichen Gefahren. In Friedenszeiten war der Geldwert im Vergleich zu den heutigen Verhältnissen als fest anzuspochen. Waren die staatlichen Betriebsverwaltungen auch nicht in der Lage, sich den wechselnden Konjunkturen anzupassen, so brauchten sie doch keine schwankenden Geldwerte in ihre Rechnung einzustellen. Jeder Betrieb aber, der sich die Erwirtschaftung einer Rente zum Ziel gesetzt hat, muß sich in seinen wirtschaftlichen Dispositionen, die augenblickliche Entscheidung erfordern, den schwankenden Geldverhältnissen anpassen können. Jede geschäftliche Tätigkeit beruht heute auf einer stark spekulativen Basis, daß der Staat, der durch etatistische Bindungen fast gar keine Bewegungsfreiheit besitzt und auch nicht besitzen darf, in diesem Punkte vollkommen versagen muß.

So ist es denn kein Wunder, daß die Staatsbetriebe die Hauptverursacher des Defizits in den öffentlichen Finanzen sind. Die Betriebsverwaltung des Reiches schließt nach dem letzten veröffentlichten dritten Nachtrag für das Rechnungsjahr 1921 mit 37 Milliarden Mark ab. Eine Verbeibaltung des bisherigen Systems bietet nicht die geringste Aussicht auf den Abbau des Defizits. Wir müssen also den Mut aufbringen, mit den gegenwärtigen Methoden zu brechen und andere aussichtsvollere an deren Stelle zu setzen. Die Staatswirtschaft muß unter allen Umständen verlassen und dafür das bewährte System der kaufmännischen Erziehungswirtschaft treten.

Es ist notwendig, mit den Eisenbahnen den Anfang zu machen, weil diese das größte Defizit haben. Erzeugt wird dieses durch einen zu großen Personalapparat. Mit einer Million Köpfen ist die deutsche Eisenbahnverwaltung zwar die größte, aber leider auch die unwirtschaftlichste Internation der Welt. Es wird viel mehr Personal beschäftigt, als durch die Einführung des Achtstundentages bedingt ist. Die jetzige Verwaltung kann das riesige Angehülltenheer nicht abbauen, weil sie in eine politische Sphäre ausmündet, die bei unserem parlamentarischen Staatswesen eben politische Rücksichten nehmen muß. Zur Befundung der Verhältnisse können wir nur kommen, wenn wirtschaftliche Dinge, wozu ein tadellos funktionierendes Verkehrsnetz aber in allererster Linie gehört, auch wirtschaftlich behandelt werden. Größte Sachlichkeit ohne politische Rücksichtnahme ist erforderlich. Es ist nötig, daß das Problem der Entpolitisierung gerade auch in diesem Punkte mit Energie angefaßt wird.

Wir sind jetzt an einer Stelle der wirtschaftlichen Entwicklung angelangt, wo etwas Durchgreifendes zur Befundung der staatsfinanziellen Verhältnisse geschehen muß. Das Reich rechnet bereits für 1921 mit rund 160 Milliarden Fehlbetrag. Eine völlige Wiederherstellung der Finanzen wird allerdings erst nach Herstellung eines vernünftigen Reparationsprogramms durch die Entente möglich sein. Darauf können wir aber nicht warten. Wir müssen jetzt daran gehen, die unheilvolle Defizitwirtschaft im Innern zu beseitigen. Das ist schon deshalb nötig, um der Entente unseren ernstlichen Willen zu zeigen, damit endlich die verkehrswirtschaftlichen Bedenken, Deutschland sabotiere seine Reparationspflichten, zum Schweigen gebracht werden. Ohne eine Wiederherstellung des Gleichgewichts im inneren Reichshaushalt ist jede ernste Maßnahme finanzieller Natur zurzeit zwecklos. Das trifft sowohl für neue Steuern als auch für die vom Reichsverband der Deutschen Industrie geplante Kreditation zugunsten des Reiches zu. Bleibt alles beim Alten, dann stehen alle neu bereitgestellten Mittel in das unergündliche Loch der inneren Finanzwirtschaft. An der Abstellung dieses Uebelstandes mitzuwirken, ist jetzt die erste Pflicht jedes einzelnen Volksgenossen. Der erste Schritt dazu muß die Entbürokratisierung der Eisenbahn sein, die kommen wird und muß, wenn nicht heute, dann morgen.

## Frankreichs Selbstisolierung.

Abreisdrohungen in Washington. Die Möglichkeit einer Berufung Deutschlands zur Washingtoner Abrüstungskonferenz hat die Franzosen in helle Aufregung versetzt. Noch bevor Präsident Harding eine offizielle Einladung an Deutschland hat ergehen lassen, wendet sich die Pariser Presse mit aller Schärfe gegen eine eventuelle Mitarbeit Deutschlands an der Konferenz und betont, Frankreich habe die Einladung nach Washington nur unter der Bedingung angenommen, daß sie nur alliierten und assoziierten Mächten offenstehe. Deutschland habe kein Recht, sich über die Entlassung zu äußern. Für Deutschland sei die Frage durch den Vertrag von Versailles geregelt.

Zu gleicher Zeit hat Sibiant, seit Brlands Abreise der Führer der Delegation in Washington, in einer Unterredung mit einem amerikanischen Pressevertreter mit einer gewissen Bereitwilligkeit gegen die angeregte Teilnahme Deutschlands an der Washingtoner Konferenz protestiert. Er bezog sich hierbei auf seine Erklärung in Genf — Sibiant ist bekanntlich Frankreichs erster Vertreter in Genf —, in der er sich dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund widersetzt.

Sibiant erklärte weiter, ehe Frankreich mit denen, die das Völkerrecht in so offenkundiger Weise verletzen hätten, auf gleichem Fuße verhandelt, warte es ab, bis diese ihre Reue in längerer Aufrichtigkeit bewiesen hätten.

Nach einer Mitteilung des Washingtoner Berichterstatters des „Echo de Paris“, Berlin, soll die französische Delegation durch die Rede des britischen Außenministers Curzon, noch mehr aber durch die Meldung aus dem Weißen Haus, daß die Landabstimmung doch noch weiter besprochen werden solle, aufs tiefste erregt worden. Die Delegation soll, nach Berlin, offiziell mitgeteilt haben, jede Wiedereröffnung der Landabstimmungsdebatte würde die sofortige Abreise der französischen Delegation zur Folge haben.

Eine Bejähigung dieser letzten Meldung liegt noch nicht vor; doch bei der Hartnäckigkeit, mit der die Franzosen stets ihre Politik verfolgt haben, muß man annehmen, daß sie auch diesmal mit ihrem Willen durchbringen wollen und selbst vor der Zurückziehung ihrer Delegierten aus Washington nicht zurückstehen werden. In diesem Falle allerdings würden die Franzosen sich diesmal die Sympathie der Welt gründlich verschaffen. Präsident Harding wollte die Washingtoner Beschlüsse von Deutschland formell nur deshalb unterschrieben haben, damit Frankreich sich mit seiner Abrüstungsweigerung nicht länger auf die deutsche Gefahr berufen könne. Wenn Frankreich jetzt eine solche internationale Vereinbarung ablehnt, so gibt es damit deutlich zu erkennen, daß es im Gegensatz zu allen anderen Ländern grundsätzlich auf seine imperialistischen Bestrebungen nicht verzichten will. Es isoliert sich selbst und ist damit für alle Folgen verantwortlich, die sich aus seiner von Haß und Rache diktierten Politik unweigerlich ergeben müssen.

## Reichsregierung und Steuerung.

Scharfe Maßnahmen gegen Wucher und Preistreibeerei. Die durch die gegenwärtige Steuerung verursachten Mißstände auf dem Gebiete der Volksernährung haben die Reichsregierung veranlaßt, mit den schärfsten Maßnahmen gegen Wucher, Schmuggel und Preistreibeerei vorzugehen.

Nach Ansicht des Reichskabinetts beruht die Steigerung der Preise in der Hauptsache auf der Entwertung der deutschen Mark, die ihrerseits wieder im wesentlichen durch den Friedensvertrag und die uns auferlegten Reparationslasten herbeigeführt ist. Einer wirksamen Ausbeutung dieser Sachlage muß aber mit aller Energie entgegengetreten werden. Handhaben hierzu bietet nach Ansicht der Reichsregierung die Verordnung gegen Preistreibeerei, die im Jahre 1919 durch die Wuchergerichtsverordnung und im Dezember 1920 durch ein weiteres Gesetz bis zur äußersten Grenze verschärft worden ist. Nach diesen Bestimmungen besteht die Möglichkeit, gegen Wucherer und Schieber mit den strengsten Strafen vorzugehen.

Zuchthaus, Geldstrafe in unbefränkter Höhe, Ehrenverlust, Polizeiaufsicht, Unterjagung des Handelsbetriebs, Einziehung der Waren und des wucherischen Gewinnes sowie Brandmarkung des Täters durch Urteilsveröffentlichung sind vorgesehen. Auch die Zurückhaltung von Gegenständen des täglichen Bedarfs fällt unter diese Strafdrohungen. Unabhängig vom Strafverfahren können Waren, die zurückgehalten werden, enteignet und der Allgemeinheit zugeführt werden.

Unzuverlässige Personen können vom Handel ausgeschlossen werden. Besondere Aufmerksamkeit erfordern die

### Auswüchse auf dem Kartoffelmarkt.

Hier hat der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft kürzlich eine neue Verordnung erlassen. Danach wird der Verkauf von Kartoffeln beim Landwirt, soweit er nicht für den eigenen Bedarf erfolgt, von einer besonderen behördlichen Erlaubnis abhängig gemacht; sie darf nur hinreichend sachverständigen und zuverlässigen Personen erteilt werden. Die Reichsregierung und die Landesregierungen haben aus Anlaß der gegenwärtigen Steuerungsstelle die nachgeordneten Stellen mit Nachdruck auf die Notwendigkeit der schärfsten Durchführung der Vorschriften gegen Preistreibeerei hingewiesen. Die Erlasse der preussischen und der bayerischen Regierung sind durch die Presse bekanntgegeben worden.

### Wortverbilligung in Bayern.

Das bayerische Landwirtschaftsministerium läßt den zugunsten der Bedürftigsten im Lande bereits seit längerer Zeit getroffenen Maßnahmen zum Bezug von verbilligter Milch und von verbilligten Kartoffeln auf Grund eines Ministerratsbeschlusses ab 1. Dezember auch eine Wortverbilligungsaktion folgen, durch die das Pfund Brot um 60 Pfennig unter dem sonst geltenden Preis abgegeben werden kann. Dieses Wortverbilligte Brot, Milch und Kartoffeln versorgt werden können.

## Die oberschlesischen Verhandlungen.

### Abschluß der Genfer Tagung.

Der auf der Genfer Tagung ausgearbeitete Arbeitsplan für die deutsch-polnische Konferenz wurde von Calonder, Schiffer und Olszowski unterzeichnet. Hieraus hielt Präsident Calonder eine Ansprache an die beiden Abordnungen, in der er das verständnisvolle und verhältnismäßige Zusammenarbeiten hervorhob. Reichsminister a. D. Schiffer für Deutschland und Gesandter Olszowski für Polen dankten dem Präsidenten für die umsichtige Leitung der Verhandlungen. Damit hatte die Genfer Tagung, die lediglich die formellen Vorarbeiten zu leisten hatte, ihr Ende erreicht.

Wie bereits gemeldet, steht die Sitzung vor, daß fast alle Kommissionen in Oberschlesien tagen. Präsident Calonder wird sich vorübergehend und zwar kurz nach Beginn des neuen Jahres nach Oberschlesien begeben. Die deutschen und polnischen Bevollmächtigten werden bereits im Beginn der Arbeiten der Unterausschüsse nach Oberschlesien gehen. Ihr Sitz ist noch nicht bestimmt. Für die Wahl der Verhandlungsorte der Unterkommissionen sollen rein sachliche Erwägungen maßgebend sein, so daß z. B. der Ausschuss für das Eisenbahnwesen in Katowitz und der Ausschuss für das Telephon- und Telegraphenwesen in Oppeln zusammenzutreten wird. Aus diesen Erwägungen soll auch der Ausschuss für den Schutz der Minderheiten seine ersten Beratungen in Oberschlesien selbst abhalten und erst dann nach Genf übersiedeln.

Schiffer und Olszowski sind verpflichtet, dem Präsidenten spätestens am 15. Januar 1922 den Abkommensentwurf zu unterbreiten. Der endgültige Text des Abkommens wird in Genf aufgesetzt und unterzeichnet werden. Als gleichzeitiges Original gilt der französische Text, dem jedoch deutsche und polnische Uebersetzungen, die von den beiden Parteien bescheinigt werden müssen, als Anlagen beigelegt werden.

In Sosnowice haben Verhandlungen von Vertretern der deutschen Industrie aus dem Polen zugesprochenen Teile Oberschlesiens mit polnischen Regierungsvertretern begonnen, um eine Klärung der Fragen vorzubereiten, die durch die Angleichung des Gebietes an Polen entstehen. Es wurden Ausschüsse gebildet, und zwar elf, deren Verhandlungsbefugnisse entsprechend den in Genf gebildeten Kommissionen abgegrenzt sind.

## Politische Rundschau.

— Berlin, den 29. November 1921.

Als Nachfolger des Staatssekretärs Bergmann im Ministerialdirektor Fischer vom Reichsfinanzministerium zum Staatssekretär und Vorsitzenden der Reichsstaatskommission ernannt worden.

Wichtige Besprechungen in London. Die „Morning Post“ berichtet, daß Dr. Rathenau und Dr. Siemens in London eingetroffen sind. Im Zusammenhang damit wird dem „Journal“ aus London gemeldet, man erwarte dort auch den englischen Botschafter in Berlin, Lord d'Abernon, und den Vertreter Englands in der Reparationskommission, Bradbury, sowie zwei Sachverständige, die an Ort und Stelle die deutsche Finanzlage studiert hätten. Der Berichterstatter sagt, wenn er gut unterrichtet sei, wolle die englische Regierung die Mittel prüfen, durch die man Deutschland für die Regelung der Reparationsfrage beiseite bringen könne.

Deutschlands Einladung nach Washington vorbereitet. Von amtlicher amerikanischer Seite wird berichtet, daß man der deutschen Regierung bereits zu verstehen gegeben habe, sie möge alle Vorbereitungen für die Entsendung einer kleinen wirtschaftlichen und militärischen Delegation treffen, der das Recht zugestanden werden solle, das Problem der Rüstungen zu prüfen und die Frage der Reparationen offen zu erörtern. Nach einer Exchange-Meldung ist Italien ebenso wie England dafür, daß Deutschland zur Washingtoner Konferenz eingeladen wird. Ein amerikanischer Beamter habe mitgeteilt, daß England und die Vereinigten Staaten bereits Schritte getan hätten, um Deutschland auf die Konferenz zu bringen. Londoner Meldungen aus Washington bestätigen, daß der deutsche Geschäftsträger v. Therman der amerikanischen Regierung mitgeteilt hat, daß Deutschland bereit sei, eine Delegation nach Washington zu schicken, die bevollmächtigt sein soll, die von Irland gewünschten Garantien für Deutschlands friedfertige Absichten zu geben. Von zuständiger amtlicher Stelle in Berlin liegt hierüber noch keine Mitteilung vor.

Ein Engländer über Deutschlands Notlage. Der britische Parlamentarier Hauptmann Kenworthy, der besonders durch seine mannhaftige Opposition gegen den Versailles Vertrag im Unterhaus weiteren Kreisen bekannt geworden ist, weist gegenwärtig in Berlin. In einer Unterredung mit einem Pressevertreter erklärte er u. a., er glaube nicht, daß Deutschland über die Januar- und Februarate hinaus Reparationszahlungen werde leisten können. Auch im eigenen Interesse der Gläubiger müsse man daher Deutschland eine angemessene Stundung bewilligen. Kenworthy glaubt annehmen zu können, daß es bis Juni nicht ausgeschlossen sei, daß die einschlägige französische Handelswelt bestimmend auf den Kurs der französischen Politik einwirken und eine Aktion einleiten werde, die einer Aenderung dieses Kurzes Deutschland gegenüber, und zwar zu dessen Gunsten, gleichkommen dürfte. In Deutschland dürften die wenigsten die optimistischen Erwartungen des Engländers teilen. Heute ist eine Aenderung der französischen Politik weniger zu erhoffen als je.

Die Not der Gemeinden. Die demokratische Fraktion des Reichstages hat eine Interpellation eingebracht, in der gefragt wird, ob der Reichsregierung bekannt ist, daß die Gemeinden völlig außerstande sind, die Mehrkosten aufzubringen, die ihnen durch die Erhöhung der Bezüge der Beamten, Angestellten und Arbeiter auferlegt werden. Weiter, ob die Reichsregierung bereit ist, den Gemeinden schlenkig die Deckung für die neuen Aufgaben zu gewähren. Ferner wird gefragt, ob es richtig ist, daß die Reichsregierung beabsichtigt, eine Kontrolle der Gemeindefinanzen durch die Landesregierungen herbeizuführen.

Deutschbolschewisches Bekenntnis der Deutschnationalen. Die Parteivertretung der Deutschnationalen beschäftigte sich mit einer Reihe von Anträgen, die sich auf die Stellung der Partei zur bolschewistischen Frage bezogen und der Parteivertretung von dem Münchener Parteitag zur Beratung überwiegen waren. In Ausführung dieses Auftrages ... Parteitages beschloß die Parteivertretung nach eingehenden Beratungen:

Unter Abhandlung von Aenderungen der Satzung und der Grundzüge der Partei in der Vertretung überzeugt, daß sowohl die Parteistellung wie die Fraktionen und Landesverbände in der praktischen Arbeit klar und mit aller Entschiedenheit auf dem Boden des deutschbolschewischen Bekenntnisses stehen und wie bisher, so auch ferner die Partei von jedem jüdischen Einfluß freibalten werden.

Ferner betonte die Parteivertretung die immer stärker werdende wirtschaftliche Not dreier Volkskreise, namentlich der Arbeitnehmer, Beamten und Kleinrentner und forderte eine Regierungserklärung über die Unerfüllbarkeit des Londoner Ultimatus. Der Abg. Hergt wurde wieder zum Parteivorstandenden gewählt. Ferner beschloß die Tagung schärfsten Einspruch gegen den immer wiederholten Versuch des Reiches zu erheben, die den Einzelstaaten verbliebenen Souveränitätsrechte weiter zu untergraben.

**11 Aufhebung von Zeitungsverboten.** Der Reichsausschuss für Beschwerden, die gegen die Zeitungsverbote auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. September 1921 erhoben wurde, hat das Verbot der „Täglichen Rundschau“ aufgehoben. Die von dem preussischen Minister des Inneren angeführten Stellen des betreffenden Artikels wurden nicht für ausreichend zur rechtlichen Begründung des Verbots gehalten, sowohl hinsichtlich des Erfordernisses der Verächtlichmachung, als auch hinsichtlich des Tatbestandes einer Gefährdung des öffentlichen Friedens. — Ebenso wurden die Verbote der „Mecklenburgischen Rundschau“ in Rostock und der „Noten ohne des Ostens“ in Königsberg aufgehoben.

**12 Die Dokumente des Märzputsches.** Trotz aller Ablehnungsversuche der Kommunisten wird die Echtheit der vom „Vorwärts“ veröffentlichten Berichte über die Entstehung des kommunistischen Märzputsches täglich erneut bestätigt. Der „Vorwärts“ veröffentlicht einen weiteren Bericht, den des Kommunisten Richard Wegener aus Stettin, des Leiters für Pommern und Mecklenburg. Darin heißt es u. a.: „Am Sonntag, dem 26. März, erhielt ich vom Genossen Eberlein den Auftrag, in Gegenwart von Weber die Ernteschiffe, die in Stettin lagen, und für Danzig bestimmt sind, in die Luft sprengen zu lassen.“ Angesichts dieser irrlichen Ueber-einstimmung der Berichte aus allen Teilen des Reiches kann über die Aufrichtigkeit, die Eberlein damals erteilt hat, kein Zweifel bestehen. Im übrigen veröffentlicht der aus der R. P. D. ausgeschlossene Reichstagsabgeordnete Paul Levi, der Führer der kommunistischen Arbeitsgemeinschaft, eine Erklärung, aus der sich die Echtheit der veröffentlichten Geheimprotokolle zweifellos ergibt.

### Keine Einlösung der Kriessnoten.

— Leipzig, 28. November. Nach einer Entscheidung des Reichsgerichts ist das Reich nicht verpflichtet, die Noten der polnischen Landesbanknoten-kasse, die sogenannten Kriessnoten, die während des Krieges ausgegeben wurden und von denen noch 880 Millionen im Umlauf sind, zum Nennwert in deutscher Mark einzulösen. Infolge dieser Entscheidung erfuhr an der Berliner Börse Kriessnoten, die ein beliebiger Spekulationsobjekt waren, einen außerordentlichen Kurssturz und gingen von 35 Mark auf 14 Mark zurück.

### Deutsche Antwort auf Briands Rede.

— Berlin, 28. November. In der Meldung des „Petit Parisien“, daß von Reichskabinett beschlossen worden sei, dem amerikanischen Geschäftsträger Dre-fel zur Uebermittlung an Staatssekretär Hughes, der Vorsitzenden der Abrüstungskommission in Washington, eine Note zu übergeben, in der Deutschland gegen die Rede Briands, insbesondere gegen die von Briand aufgestellten Behauptungen über angeblich in Deutschland bestehende militärische Organisationen, erklärt die „Deutsche Allg. Ztg.“ von zuständiger Seite daß zwar Erwägungen schweben, wie die völlig unbegründeten Behauptungen Briands richtiggestellt werden können, daß aber irgendwelche Entscheidungen darüber, in welcher Form und auf welchem Wege dies geschehen soll, noch nicht getroffen sind.

### Rundschau im Auslande.

- Die Konferenz der österreichischen Nachfolgestaaten im Vortrage hat ihre Arbeiten abgeschlossen.
- Die Pariser Zivilgerichte haben die Beschlagnahme des von Fokker auf der Internationalen Pariser Ver-naufling Ausstellung ausgestellten neuen Flugzeuges angeordnet.
- In Buenos Aires (Argentinien) sind politische Unruhen ausgebrochen. Die bedeutendsten Politiker und Journalisten wurden in Haft genommen.
- Der japanische Kronprinz hat die Regentschaft für seinen erkrankten Vater angetreten.
- Frankreich: Eine neue Hebride Poinecare.**  
Der ehemalige Kriegsminister Poinecare hielt in Bordeaux aus Anlaß eines Banketts eine neue Hebride gegen Deutschland, in der er auf die deutschen Wiedergutmachungszahlungen zu sprechen kam und anführte, daß seit zwei Jahren die Alliierten Deutschland gegenüber eine „sonderbare Langmut“ bewiesen hätten, die es „un-verständlicherweise“ annehme und aus der es heute noch neue Vorteile zu ziehen trachte. Die Stunde sei jetzt gekommen, den Deutschen wie feinerzeit bei Verdun zu sagen: „Hier geht es nicht durch, hier werdet ihr nicht weitergehen!“ Wenn Deutschland Konturs annehme, werde die ganze Nation kollektiver Schuldner und alle gegenwärtigen und zukünftigen Werte würden zu Pfändern für seine Gläubiger.
- Italien: Die italienisch-französischen Zwischenfälle.**  
Der italienische Vertreter auf der Washingtoner Konferenz, Senator Schanzer, hat in einem Telegramm den angeblichen Zwischenfall, der zwischen ihm und Briand erfolgt sein sollte, und der Angriffe und Demonstrationen gegen die französischen Konsulate in Italien zur Folge gehabt hatte, entfallen in Abrede gestellt. Schanzer erklärt, die Beratung sei zwar lebhaft (1) gewesen, aber stets in korrekten Formen geführt worden. Briand habe von neuem den französischen Standpunkt vertreten, Schanzer seinerseits habe den italienischen Standpunkt von neuem mit Nachdruck betont, Briand habe aber kein Wort gesprochen, das auch nur im entferntesten gegen Italien gerichtet gewesen wäre. — Diese Nichtigkeit wird von der römischen Presse begrüßt, da die Demonstrationen vor den französischen Konsulaten bereits einen sehr bedenklichen Charakter angenommen hatten und sehr leicht zu einem ernstlichen diplomatischen Konflikt führen konnten. In Turin wurde der für den Umkreis des Konsulates verantwortliche Polizeibeamte wegen Warnens an Energie sofort entlassen. Im Konsulat soll alles drunter und drüber geklärt worden sein. In Genoa, Neapel und Varese begünstigten sich die Demonstrationen, doch vor den Konsulaten zu stellen und „Och Italien!“ „Nieder Frankreich!“ zu schreien. In Benediktia fanden auf dem Marktplatz ähnliche Protestkundgebungen statt. Der italienische Botschafter in Paris drückt der französischen Regierung sein Bedauern wegen der Zwischenfälle aus.
- England: Keine Truppenabgabe in Äthiopien.**  
Eine amtliche englische Note demontiert die Pariser Presse-meldungen über beabsichtigte Truppenabgabe in Äthiopien. Der englische Botschafter in Paris, Lord Darlinge, hat bereits wiederholt erklärt, daß England keine Truppen abgeben werde, um die französische Regierung über die Wästen Englands zu beruhigen. Die Entsendung eines englischen Kriegsschiffes nach Merina, erklärt Lord Darlinge, habe nur den Zweck, die englischen Interessen, nicht aber die dortigen Widerparten zu schützen.

kommen, um die französische Regierung über die Wästen Englands zu beruhigen. Die Entsendung eines englischen Kriegsschiffes nach Merina, erklärt Lord Darlinge, habe nur den Zweck, die englischen Interessen, nicht aber die dortigen Widerparten zu schützen.

### Aus Stadt und Land.

- Ein früheres Jagdschloß als Schule.** Das ehemals kaiserliche Jagdschloß Lötzingen wurde für 750 000 Mark an die Freie Schul- und Werkgemeinschaft Neuhaldensleben verkauft. Die Kunstschätze des Schlosses sind zum Teil dem Jagdschloß Springe und zum Teil Museen überwiesen worden. An den Verkauf der Bestigung ist die Bedingung geknüpft, daß der Bau in seiner äußeren Gestalt erhalten bleibt. Die Freie Schul- und Werkgemeinschaft, die bisher im Schloß Dreilinden bei Wannsee von Prinz Leopold von Preußen aufgenommen worden war, lehrt neben geistiger Arbeit auch Handwerk und Landwirtschaft.
- Die ehemals kaiserlichen Hofgärtnerien am Neuen Palais bei Potsdam** sind jetzt vom Finanzamt samt den Wohn- und Gewächshäusern sowie den alten Orangerien an eine G. m. b. H. verpachtet worden. Gegenstand des Unternehmens sind die Züchtung und der Verkauf von Gartenerzeugnissen. Als Gesellschafter zeichnet u. a. ein Kunstmalter.
- Die Einzelkurschrift.** Unter Leitung des Staatssekretärs Schulz wurden im Reichsministerium des Inneren die Verhandlungen über die Einzelkurschrift fortgesetzt, an denen je drei von ihren Schulen beauftragte Vertreter von Gabelberger und Stolz-Schrey teilgenommen haben. Die beiden Schulen haben sich auf einen Vorschlag geeinigt, über den das Reichsministerium des Inneren alsbald mit den Landesregierungen in Verhandlungen eintreten wird.
- Der Königsberger Hafen vereist.** Im Königsberger Hafen hat jetzt die Stärke des Eises derart zugenommen, daß Schiffe nicht mehr ohne Begleitung des Eisbrechers fahren können. Die Schifffahrt auf dem Frischen Haff ist bereits gestoppt.
- Bessere Sicherheitsvorrichtungen im Kino.** Die Deutsch-hannoversche Partei hat anlässlich des Kinoun-glücks in Harburg a. d. Elbe, wobei bekanntlich 12 Kinder ihr Leben einbüßten und viele andere Schaden erlitten, an das preussische Staatsministerium eine Anfrage gerichtet, in der es u. a. heißt: Es hat sich herausgestellt, daß die Sicherheitsvorrichtungen infolge ungenügender Kontrolle verfaßt haben. Was gedenkt das Staatsministerium zu tun, um eine den Vorschriften entsprechende Ueberwachung der Sicherheitsvorrichtungen auch in anderen Kinos mit aller Schärfe durchzuführen, um künftig solche Unglücksfälle zu verhindern?
- Schweres Brandunglück in München-Grubbad.** In einem entfernt der Stadt München-Grubbad liegenden Wohnhause brach in der Nacht ein Brand aus, dem fünf Menschenleben zum Opfer fielen. Von den Bewohnern, Mann, Frau und vier Kindern, konnte sich nur der Mann durch einen Sprung aus dem Fenster retten, während die Frau und die Kinder, die anscheinend durch den Rauch betäubt worden sind, unter dem zusammengefallenen Trümmern des Hauses verbrannten.
- Der bestialische Gefangenenaufseher.** Durch die Entlassung eines betrügerischen Gefangenenaufsehers in Münster i. W. ist ein Fluchtversuch der dort sitzenden, bereits zum Tode verurteilten Raubmörder vereitelt worden. Es handelt sich um fünf Verbrecher, die im vorigen Jahre auf einer Chaussee einen Wohnwagen plünderten und dessen drei Insassen töteten. Ein Teil des Millionenraubes, nämlich 170 000 Mark, sollen nach den Aufzeichnungen der Räuber in der Umgebung Berlins bei Treptow vergraben sein. Der entlarvte Aufseher, der diesen Betrag ansagen wollte, daran aber durch seine Verhaftung gehindert wurde, war im Aufstiege zu Münster angehalten und kam dort in Verbindung mit dem Hochmurer Raubmörder. Salpius ließ sich schon nach kurzer Zeit befehlen und besorgte wie für andere Gefangene so auch für die Hochmurer Raubmörder Kaffee in einer Geheimkammer. Außer dem verhafteten Gefangenenaufseher Salpius wurde auch dessen Bruder festgenommen.
- Zum Unfall des Dampfers „Ernst Hugo Stinnes“** wird mitgeteilt, daß nur zwei Mann der Besatzung des Dampfers „Ernst Hugo Stinnes“ verletzt wurden. Tote sind nicht zu beklagen.
- In den Fabrikatmen der Nürnberger Hartwarewerke** entstand aus unbekannter Ursache ein großer Brand. Der Gebäude- und Sachschaden ist sehr bedeutend.
- Zum Tode verurteilt.** Das Schwurgericht in Bochum verurteilte den 1897 geborenen Bergmann Helig Kellermann aus Hordel, der am Abend des 23. Dezember 1920 vor dem Bochumer Polizeipräsidium den ihn abführenden Glühwachtmeister Alquist mit einem Revolver niedergeschossen hatte, zum Tode.

### Volkswirtschaft.

- Uebergang der Wasserstraßen auf das Reich.** In Bamberg finden zur Zeit Verhandlungen über die Verstaatlichung und den Ausbau der deutschen Wasserstraßen statt. In diesen Verhandlungen betonte Staatssekretär Dr. Kirfel in einer Eröffnungsansprache den Wunsch der Reichsbehörden, daß die vorläufig zwischen Reich und Ländern getroffene Vereinbarung, nach der dem Reichsverkehrsministerium nur die Leitung zustehe, durch eine vollständig durchgeführte Reichsverwaltung zu ersetzen sei. In einem gemeinsamen Unteranschuß sollen die Unterlagen für eine endgültige Vereinbarung gefunden werden.
- Katastrophale Entwicklung der Kohlenlage** überschreibt die „Deutsche Werberzeitung“ einen Artikel, der sich mit der traurigen deutschen Kohlenlage beschäftigt. Aus sämtlichen Industriezweigen häuften sich die Klagen über Kohlenmangel. Zementwerke und Papierfabriken werden in der nächsten Woche ihres Betriebes ganz oder teilweise stillgelegt müssen. Die Bestrebungen, eine Erhöhung der Eisenerzeugung herbeizuführen, scheitern vollständig, weil die Hochofen

keinen Koks erhalten. Die Entente hat ihre Anfor-derungen an die Kohlenlieferungen erhöht und be-anhrukt zudem in erster Linie die wertvollsten Koks-kohlen. Das erwähnte Blatt fordert vom Reichsamt-Beitragminister unverzügliche Aufnahme von Verhand-lungen zur Herbeiführung von Ueberflüssen.

**Der Verein deutscher Maschinenbauanstalten und Zevisenbeschaffung.** Der Verein hat auf seiner kürz-lid in Berlin abgehaltenen Versammlung beschlossen, 21 b. h. vom Werte seiner Ausfuhr in anerkannten Devisen abzuliefern. Die Devisen werden spätestens drei Monate nach Eingang der Reichsbank zur Verfügung gestellt werden. Die mit diesem Beschlusse übernom-mene Verpflichtung bezieht sich auf alle Geschäfte, für die nach dem 15. Dezember Ausfuhrantrag gestellt wird.

**Die Polen haben das Nachsehen.** Aus Warschau wird berichtet, daß Bergwerke in Königschütte in fran-zösische Hand und große Eisenwerke in Hohenlohehütte in englische Hand übergegangen seien. In Kattowitz hätten sich japanische Interessenten festgesetzt. Die Polen förderten solche Verkäufe, da die Aufrechter-haltung der Industrie für Polen lebenswichtig sei und die Polen selbst nicht in der Lage seien, die Aufgabe erfolgreich in Angriff zu nehmen.

**Polonisierung des Kattowitzer Grundbesitzes.** Nach Bekanntwerden der Genfer Entscheidung weisen die Grundstücksverkäufe in Kattowitz die Umschaffung von 200 Millionen M. auf. Die Käufer waren in der Mehrzahl Kongresspolen und aus der früheren Provinz Posen.

**850 Mark Papiergeld für ein Zwanzigmarkstück.** Der Ankauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank oder Post erfolgt auch in dieser Woche wieder zum Preise von 850 Mark Papiergeld für ein Zwanzigmark-stück und 425 Mark für ein Zehnmarkstück. Für die ausländischen Goldmünzen werden entsprechende Preise gezahlt.

**Berlin, 28. Novbr. (Börse.)** Endlich wieder off-zielle Börse! Allerdings blieben Enttäuschungen nicht ex-part: sowohl im Anfang des Geschäftes, als auch in der Tendenz. Obwohl die Spekulation an den börsenfreien Tagen mit einer gewissen Zuversicht in die Zukunft schaute, kam an der offiziellen Börse eine sehr schwache Grundtendenz heraus. Die Gründe dafür sind folgende: Der Ultimo mit seiner Geldverknappung, der Steuerdruck, wo man die Gewinne wegnimmt, aber die Verluste dem Effektende ihrer Tasse will, und schließlich der Dollar-Druck. Der Dollar stiel auf 270,-/274.

**Der Stand der Mark.** Es kosteten nach den amtlichen Notierungen der Berliner Börse am

	28. 11.	26. 11.	1914
100 holländische Gulden	9700	10589	167,-
100 belgische Franken	1803	1905	80,-
100 dänische Kronen	5074	5434	112,-
100 schwedische Kronen	6468	6908	112,-
100 italienische Lire	1128	1175	80,-
1 englisches Pfund	1093	1177	20,-
1 Dollar	274	293	4,20
100 französische Franken	1918	2017	80,-
100 schweizerische Franken	5204	5584	80,-
100 tschechische Kronen	287	303	—

**Berlin, 28. Novbr. (Warenmarkt.)** Amtliche Notierungen für 50 Kilo: Weizen 393-403, Roggen 314 bis 320, Sommergerste 400-408, Hafer 312-320, Weizen-mehl (100 Kilo) 980-1080, Roggenmehl (100 Kilo) 754 bis 810, Weizen- und Roggenkleie 203-208, Mais 854 bis 900, Weizen- und Roggenkleie 470-520, kleine Speiseerbsen 400-450, Futtererbsen 310-330, Rapssamen 200-300, Trodenstängel 290-300 Mark.

### Erste Nachrichten.

#### Schwedische Vergewaltigung.

Budweis i. B., 27. November. In der gestrigen Sitzung der Gemeindevertreter wurde den deutschen Gemeindevorstellern der Gebrauch der deutschen Sprache ver-boten, worauf die deutschen Gemeindevorstände den Sitzungssaal verließen.

#### Wieder hundert Deutsche als Fremdenlegionäre angeworben.

Meß, 28. November. Die „Republik“ berichtet, daß in der verflochtenen Woche etwa hundert Deutsche aus dem Rheinland gekommen und in Meß eingetroffen sind, nach-dem sie sich zur Fremdenlegion hatten anwerben lassen. Die Leute wurden von einem Dolmetscher auf den Forts der Festung Meß in Empfang genommen. Sie werden einge-kleidet und nach Marokko gebracht.

#### Moralischer Druck Amerikas gegen ein Scheitern der Washingtoner Konferenz.

Paris, 28. November. Wie der Washingtoner Be-richterstatter des „New York Herald“ meldet, erklärte die ame-rikanische Abordnung, die Vereinigten Staaten würden, falls die Verhandlungen der Konferenz scheiterten, offen aus-sprechen, in welcher Weise dies geschehen sei und wen die Schuld treffe.

### Kirchen-Nachrichten.

- Dippoldiswalde.** Am Mittwoch und Donnerstag fallen die Bibelstunden aus.
- Mittwoch den 30. November 1921.**
- Wärenfels.** Abends 8 Uhr Adventsandacht im Diakonissen-helm.
- Reinhardtsgrimma.** Abends 6 Uhr in der Schule zu Cunners-dorf Abendmahls-gottesdienst, 7/8 Uhr Kirchengemeindevor-sammlung.
- Donnerstag den 1. Dezember 1921.**
- Reinhardtsgrimma.** Nachm. 3 Uhr Abendmahls-gottesdienst.
- Rappendorf.** Abends 7 Uhr Adventsandacht mit anschließen-der Abendmahlsfeier.
- Schellerhan.** Abends 8 Uhr kirchlicher Familienabend in Volgs Gastsch.
- Schönsfeld.** Abends 8 Uhr Bibelstunde in der Schule.
- Seifersdorf.** Nachm. 3 Uhr Abendmahls-gottesdienst.

**Produktenbörse zu Dresden, am 28. November.** Amtl. Notierungen. Weizen 395 bis 400, Roggen 310-315, Sommergerste, Hstl., 385 bis 400, Hafer 300-310, Mais 330 bis 348, Kaffee, alter, 1600 bis 2400, neuer 2600 bis 3600, Trodenstängel 191 bis 203, Roggen- und Weizenstroh 35 bis 40, Haferstroh 43 bis 48, Weizen-heu, wile, 100 bis 120, Weizenheu, nichtschäffliches, 95 bis 105, Weizenmehl 1-5 bis 200, Roggenmehl 195 bis 200, Roggenmehl 27 bis 270, Weizenmehl 575 bis 560.

**Sport-Bericht.**

**Fußball.** Am Sonntag spielte die 1. Mannschaft des Turnvereins Dippoldiswalde gegen den Reichswehr-Fußballmeister des Reichswehr-Regiments 10 in Freiberg. Halbzeit 1:1 In der letzten Halbzeit konnte Freiberg noch 4 Tore erzielen. Endergebnis 5:1 für Freiberg.

Nachmittags 2 Uhr trat die 1. Jugendmannschaft des Turnvereins Dippoldiswalde gegen die 1. Jugendmannschaft des Sportclubs Freiberg auf hiesigem Plage das Spiel an. In der ersten Halbzeit lieferten sich beide Mannschaften ein ausgeglichenes Spiel. Halbzeit 2:2 In der letzten Halbzeit ging Dippoldiswalde überlegen als Sieger hervor, darum 7:3 für Dippoldiswalde.

**Schlachtviehpreise auf dem Viehhof Dresden am 28. November 1921.**

Kat. nr.	Werkstoffe	Preise für 50 kg in Markt	Lebens-	Schlacht-	Gewicht
<b>I. Rinder: A. Ochsen.</b>					
365	1. Vollfleischige, ausgemästete, höchsten Schlachtwertes bis zu 6 Jahren	950-1050	1700-1800		
	2. Junge, fleischige, nicht ausgemästete, ältere ausgemästete	700-800	1350-1450		
	3. Mäßig genährte Junge, gut genährte ältere	400-500	925-1075		
	4. Gering genährte ältere jed. Alters	250-350	725-875		
<b>B. Bullen.</b>					
188	1. Vollfleischige, ausgewogene höchsten Schlachtwertes	850-950	1500-1600		
	2. Vollfleischige jüngere	650-750	1225-1350		
	3. Mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere	400-500	900-1050		
	4. Gering genährte	250-350	700-850		
<b>C. Kalben und Rälbe. H. H.</b>					
372	1. Vollfleischige, ausgemästete Rälben höchsten Schlachtwertes	950-1050	1700-1800		
	2. Vollfleischige, ausgemästete Rälbe höchsten Schlachtwertes bis zu 7 Jahren	700-800	1350-1500		
	3. Weilere, ausgemästete Rälbe und gut entwickelte jüngere Rälbe und Kalben	500-600	1100-1250		
	4. Gut genährte Rälbe und mäßig genährte Kalben	250-300	750-850		
	5. Mäßig und gering genährte Rälbe und gering genährte Kalben				
<b>D. Ferkel.</b>					
	1. Gering genährtes Jungvieh im Alter v. 3 Mon. bis zu 1 Jahre				
<b>II. Rälber.</b>					
377	1. Doppelländer				
	2. Beste Mast- und Sauglälber	900-1000	1400-1500		
	3. Mittlere Mast- und Sauglälber	750-850	1250-1350		
	4. Geringe Rälber	550-650	1050-1150		
<b>III. Schafe.</b>					
1193	1. Mastlamm und jüngere Mastlamm	700-750	1400-1475		
	2. Weilere Mastlamm	475-575	1050-1175		
	3. Mäßig genährte Hammel und Schafe (Merkschafe)	350-400	950-1000		
<b>IV. Schweine.</b>					
923	1. Vollfleischige der feineren Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis zu 1 1/2 Jahren	1600-1700	2100-2200		
	2. Fleischweine	1700-1800	2200-2300		
	3. Fleischige	1350-1450	1800-1900		
	4. Gering entwickelte	1200-1300	1650-1750		
	5. Sauen und Eber	1360-1550	1750-1950		

3418 Ausnahmepreise über Notig.

**Militärverein Dippoldiswalde und Umgeg.**

Donnerstag den 1. Dezember abends 8 Uhr  
**Monatsversammlung im Sternsaal**  
Vortrag des Herrn Dr. Binder über „Erntes und Erntes aus dem Winterleben“. Eintritt frei! Zutritt ist jedermann gestattet. D. V.

**Empfehle**

Wichtige Röhre und Wästelwaren, Tabakpfeifen und alle Rauchwaren, besogl. Köhne Auswahl in

**Spielwaren**

als Puppen, Puppenköpfe und -füße, Puppenmöbel usw. zu bekannt billigen Preisen.

Emma Weimann.

**Bei Husten, Keuchhusten**

hofft prompt Dr. Salsche Hustenpulver zu haben bei Herrn Baumgärtel, Drogerie z. Elefant, Dippoldiswalde.

Stittentarten G. Jehn

**Asche fährt kostenlos ab.**

Stimmung.

Rufen Sie  
**den jetzigen hohen Kurs**  
aus. Der Weg zu mir lohnt sich, ich kaufe, auch von Händlern  
**Platin, Gold, Silber**  
gegenwärtige, Uhren, Ketten, Ringe, Broschen, usw., auch wenn bereit.

Brillanten, Ohrringe, Ringe, Zahngelb, Br. künstliche, Colliers usw., Fahrgeld wird vergütet.

**Kandel, Dresden-A.,**  
Rosa Gasse 11.  
1 Minute v. Silesischen Platz, beste Straßenbahnverbindung von Silesischen Bahnhofen.

**Unmoderne Hüte**  
werden wieder auf neu vorge-  
richtet in der  
**Färberei Kunst.**

**la. Weiß-**  
**Stückfärb**  
zum Waschen u. Dingen empfiehlt  
**Paul Derich,**  
Dippoldiswalde, am Bahnhof.

**Stroh**  
kauft  
Aart Oppelt, Dippoldiswalde,  
Telephon 162.  
**Häcksel** (en gros  
(en detail)

**Frischen**  
**Seefisch**  
empfiehlt billigst  
**Johannes Bemann,**  
Wd. Grabs Nachf.

**Margarine**  
von heimischen Großfirmen in bester Qualität jederzeit lieferbar.  
**Otto Feller.**

**Ata**  
**Henkel's**  
**Scheuerpulver**  
putzt  
reinigt  
Alles!



**Ata eignet sich für alle**  
Küchengeräte besonders  
auch für Öfen, Badewannen,  
Klosetts, Marmor, Steinböden.  
Hersteller: Henkel & Co. Düsseldorf.

**Preis das Paket M. 1.50**

**„Nettle“**  
das tausendfach bewährte, sicher wirkende Mittel gegen  
**Haarausfall**  
Erhältlich in Apotheken, Drogerien und Friseurgeschäften.  
Spezial-Kuren bei Friseur Joh. Hörl, Markt.

Erste Fränkischer  
Schlachthof u. Wurstfabrik  
**Bruno Ehrlich**  
Fränkisch-Deuben  
Berg  
Dresden  
Telephon  
74  
jährt für  
**Schlachtpferde**  
die höchsten Preise.  
Bei Kollisions mit Auto-  
mobiltransportwagen  
schnellstens zur Stelle.

**Schlacht-**  
**pferde**  
kauft  
zum höchsten Tagespreis  
Kochschlächtere Paul Steber.  
Tel. 97.

**Starke Ferkel**  
gute Ferkel, hat zu verkaufen  
Ostdeutscher Holz, Obercarsdorf.  
**Für Pferdehalter!**  
Gehobener Posten  
**Runde Schraubhaken**  
(13x10) billig abzugeben.  
A. Lehner, Wagenbauerei,  
Dippoldiswalde, A. Trubner Str.

Verkaufe 10-jährigen realen  
obendburger  
**Ruchswollach,**  
167 hoch, weiß überjährig. In  
jedem Zug passend  
Gruhl, Gutsdörfer,  
Obercarsdorfer  
bei Klingenberg.

**Suche**  
ein gutes  
**Arbeitspferd**  
für Landwirtschaft. Angebote  
unter „W. B.“ a. d. Geschäftsstelle.



Bevor Sie Ihre  
**Spielwaren**  
Sportwagen, Dampfmaschinen, Autos, Vierdeckerpanne,  
Silberbesteck, Gesellschaftsspiele, Puppen, Puppen-  
küchen usw. kaufen, bitte ich, meine diesjährige große  
**Weihnachts-Ausstellung**  
ohne Kaufzwang zu besichtigen. Außerdem bringe ich  
auch ein reiches Lager in  
**praktischen Geschenken**  
Zusammen, Kaffee-, Bier-, Waffelmaschinen, Spiegel,  
Stuhlgarderoben, Wärmflaschen, Wästel, Holz-, Por-  
zellan-, Glas- und Steinwaren usw. zum Verkauf.

**Hans Pflutz**  
Obertorplatz  
Täglich Eingang von Neuheiten.

**Senkers Restaurant**  
**Südendorf.**  
Sonabend den 3. Dezember  
großer  
**Bodder-Rummel**  
und **Schlachtfest**  
Musikalische Unterhaltung.  
Hierzu laden freundlich ein  
Bruno Senker und Frau.

**Stern-Lichtspiele.**  
Mittwoch 1/29 Uhr  
Das große Gesellschafts-Sensations-Drama  
**Die Augen der Maske**  
in 5 Akten. Herrliche Bilder. Glänzende Regie.  
Sowie das tolle Lustspiel in 2 Akten.  
**Meine Frau hat'n Piepmatz**  
Zum Tollkuchen. Zum Tollkuchen.  
Um gütigen Zuspruch bittet  
Fedor Blicher.

**Tilit**  
„Golfes Wundmittel“  
„Lofes Zahnpasta“  
Zu haben: Löwen-Apotheke, Drogerie zum Wiesentor und  
in allen einschlägigen Geschäften.

**Einige Pappenmacher,**  
die bereits als solche gearbeitet haben, sucht  
Pappenfabrik Dippoldiswalde.

**Todesanzeige.**  
Nach kurzem, aber schwerem Krankenlager hat es  
Gott gefallen, unsere liebe Tochter, Schwester, Schw-  
gerin und Tante, meine liebe Braut  
**Emma Schubert**  
im Alter von 25 Jahren heute Sonntag nachm. 1/25 Uhr  
in kein himmlisches Reich aufzunehmen.  
Überdorf 39 (Post Obercarsdorf).  
Im tiefsten Schmerz  
Familie Moritz Schubert,  
Fritz Ehrlich.  
Die Beerdigung findet Donnerstag nachm. 1/2 Uhr  
vom Trauerhause aus statt.

Ein feines Vaterberg hat aufgehört zu klagen!  
Hierdurch die traurige Nachricht, daß mein lieber,  
treuer, sorgender Gatte, unser lieber Vater und Großvater  
**Gustav Lippmann**  
Sonntag früh 11 Uhr verstorben ist. Die Beerdigung  
findet Mittw. den 30. November um 3 Uhr statt.  
Riebersdorf, den 27. November 1921.  
Die tieftrauernde Gattin nebst Tochter  
und Angehörige.

## Französischer Zwangsunterricht.

Herr Kaout, Präsident der samosen Freundschaftsregierung des Bölkerbundes an der Saar, und der Pariser Dame Molle weilen zurzeit auf Urlaub fern vom Saargebiet bei ihren Austragebern in Paris, aber ihr Werk im Dienste Frankreichs geht weiter. Dem Deutschland soll ein neuer Schlag veretzt werden, indem man die französische Sprache in die Schule einzuschmuggeln versucht. Die Regierungskommission hat nämlich verfügt, daß vom 1. April nächsten Jahres ab zwangsweise der französische Unterricht in den Volksschulen eingeführt werden soll.

Im Friedensvertrag heißt es nun ausdrücklich, die Einwohner behalten unter der Überwachung der Regierungsausübung ihre bürgerlichen Freiheiten, ihre religiösen Freiheiten, ihre Schule und ihre Sprache. Die Volksschule war deutsch, die Einführung des französischen Unterrichts ist also, wie die „Saarbrücker Zeitung“ mit Recht feststellt, ein neuer glatter Bruch des Friedensvertrages von Versailles. Man behält natürlich, um das Gesicht zu wahren, und weil es nicht anders geht, Deutsch als Unterrichtssprache zunächst bei, aber, man darf sicher sein, daß dann die von Paris her gewünschte Veränderung eintritt, sobald erst die Kinder des französischen Gebietes ins Land werfen, weil die Volksschullehrer des Saargebietes natürlich als Deutsche und in dieser Hinsicht fast durchweg nicht genügend vorgebildet, nicht in der Lage sind, den Unterricht im Französischen zu erteilen. Damit werden die deutschen Kinder des deutschen Saargebietes den französischen Lehrern und der Beeinflussung durch sie ausgeliefert. Das ist natürlich der Zweck des ganzen Vorgehens, das wiederum ein recht bezeichnendes Licht auf die „Freundschaftsregierung“ der Bölkerbundsregierung, im Saargebiet wirft.

Französisierung um jeden Preis, das ist die Aufgabe, die diese Bölkerbundsregierung an der Saar zu erfüllen hat. Und der Bölkerbund rührt sich nicht! Dieses neueste Vorgehen der Saarregierung muß das Maß zum Überlaufen bringen, wenn der Bölkerbund sich überhaupt selbst noch Achtung entgegenbringen und nicht lediglich das Werkzeug gewisser Siegerstaaten sein will. Der Kreistag von Saarbrücken hat ja dieser Tage die Überzeugung der Saarregierung verlangt, weil die Bevölkerung zu ihr jedes Vertrauen verloren habe. Jetzt hätten die Bölkerbundsregierungen in Genf alle Ursache, zu handeln, und an der Saar eine wirklich neutrale Regierung zu schaffen.

Rhenanus.

## „Freibleibend.“

Eine Reichsgerichtsentscheidung.

Zu der bekannten kaufmännischen Klausel „Freibleibend“ hat das Reichsgericht in seiner neuesten Entscheidung folgende Grundzüge aufgestellt: Verkauf der Ware als freibleibend und einigen sich die Parteien nicht über den Zahlungsmodus, so gilt der Vertragsantrag des Käufers als abgelehnt, der Verkaufsantrag als nicht zustande gekommen, und der Verkäufer kann die Annahme der Ware und Zahlung zu den von ihm gestellten Bedingungen nicht verlangen. Wenn diese Bedingungen eine Erweiterung, Einschränkung oder sonstige Veränderung des Kaufantrages des Kontrahenten enthalten, so sind sie als Ablehnung, verbunden mit einem neuen Antrag des Verkäufers, anzusehen. In den Entscheidungsgründen wird ausgeführt:

Die Klägerin hatte dem Beklagten die Ware „Freibleibend“ angeboten. Das war nach den Regeln des Verkehrs dahin zu verstehen, daß sie eine Bindung ablehne und sich die Entscheidung über einen Abschluß vorbehalten wolle, bis die Antwort des Beklagten eingetroffen sei. Vertragsantrag im Rechtsinne war daher erst die Karte des Beklagten, in der er um Auslieferung gegen Nachnahme bat. Als Annahmeverklärung kam ein Brief der Klägerin in Betracht, in dem sie abweichend von der Bestellung des Beklagten „wendende“ Ueberweisung des Kaufpreises an die Bank in Straßburg, sei es zur freien Verfügung der Klägerin, sei es auszahlfähig gegen einen bahnamtlich abgeformten Duplikatfrachtbrief, verlangte; diese Annahme war als Ablehnung, verbunden mit einem neuen Antrage, zu behandeln (§ 150 Abs. 2), der nach seinem unabweidlichen Inhalt nur durch die erwähnte „wendende“ Ueberweisung des Kaufpreises an die Bank der Klägerin hätte angenommen werden können. Eine solche Ueberweisung hat aber nicht stattgefunden. Das Schweigen des Beklagten konnte unter diesen Umständen nicht als Annahme angesehen werden. Ein Kaufvertrag ist also nicht zustande gekommen, da die beiderseitig vorgeschlagenen Zahlungsbedingungen wesentlich verschieden waren. Nach dem Vorschlage der Klägerin sollte dieser Kaufpreis, sei es unbedingt oder bedingt, sofort zur Verfügung gestellt werden. Der Beklagte aber wollte nur gegen Uebergabe der Waren bezahlen, und die Klägerin mußte mit Schwierigkeiten, unter Umständen sogar mit Verlusten rechnen, wenn der Beklagte nicht bezahlen konnte oder wollte.

## Soziales.

Die Dypauer Bauarbeiter streiken. Die Bauarbeiter in Mannheim und Ludwigshafen sind nicht mehr auf ihren Arbeitsstätten erschienen. Auch die hiesigen Bauarbeiter, wo endlich der Wohnungsbau in Fluß gekommen war, liegen verdozt da. Bedauerlicherweise wird auch der Wiederaufbau von Dypau

den Streit in Mitleidenschaft gezogen. Eine Arbeitsniederlegung in der hiesigen Klinker- und Zementfabrik ist durch die Besatzungsbehörde verhindert worden. Der Bauarbeiterstreik ist auf die Ablehnung des Schiedspruches des Schlichtungsausschusses, der eine Erhöhung des Stundenlohnes um 3,50 Mark und eine Verdoppelung für Überstunden vorschlägt, durch die Arbeiterchaft zurückzuführen.

Weiterer Rückgang der Erwerbslosigkeit. Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen (nicht gleichbedeutend mit der Zahl der Erwerbslosen überhaupt) ist im Monat Oktober 1921 weiter gesunken, und zwar ist die Zahl der männlichen Unterstützungsempfänger von 148.000 auf 115.500, die Zahl der weiblichen von 48.000 auf 36.500, die Gesamtzahl von 186.000 auf 152.000 gefallen. Die Zahl der Zuschlagsempfänger (unterstützungsberechtigten Familienangehörigen der Bollerwerbslosen) ist von 208.000 auf 188.000 zurückgegangen. Auch in der ersten Novemberwoche hielt die Abnahme der Erwerbslosenziffer an. Es ist allerdings ein Rückschlag zu befürchten, da infolge der Jahreszeit die Arbeitsgelegenheiten in der Landwirtschaft und auf dem Baumeister abnehmen.

Der rheinische Metallarbeiterstreik. In Düsseldorf sollte auf der Regierung in Anwesenheit eines Kommissars des Reichsarbeitsministeriums eine Besprechung zwischen Vertretern der Arbeitgebervereinigungen und der Arbeitnehmerverbände zur Beilegung des Metallarbeiterstreiks stattfinden. Die Besprechung mußte aber alsbald abgebrochen werden, da hunderte von Streikenden das ganze Haus und den Sitzungssaal füllten und die Verhandlungen so störten, daß sie nicht fortgesetzt werden konnten. Daraufhin kamen die Vertreter der Gewerkschaften, der Arbeitgeber und der Kommissar des Reichsarbeitsministeriums überein, die Verhandlungen in Köln fortzusetzen, um ungehindert zu sein.

Erweiterung der Krankenversicherungspflicht. Auf eine Anfrage im preussischen Landtage wurde vom Wohlfahrtsministerium mitgeteilt, daß über eine weitere Erhöhung der im § 165 Abs. 2 der Reichsversicherungsordnung vorgesehenen Verdienstgrenze für die Krankenversicherungspflicht zurzeit Erwägungen bei der Reichsregierung schweben. Eine Entschließung über die Höchstgrenze sei in kurzer Zeit zu erwarten. Es muß aber ausdrücklich darauf hingewiesen werden, daß die im § 165 Abs. 1 Nr. 1 a. a. O. aufgeführten Personen, also die weit überwiegende Zahl der Beschäftigten, ohne Rücksicht auf den Jahresarbeitsverdienst, der Versicherungspflicht unterliegen, so daß der Regierung der Frage der Erweiterung nur eine beschränkte Bedeutung zukomme.

## Aus Stadt und Land.

Der frühere Gouverneur von Togo. In Rom starb der von einer Kohlenoxydvergiftung betroffene frühere Gouverneur von Togo, Gehelmat von Döring, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben. v. Döring wurde Anfang des Krieges an der Spitze der Landesverteidigungsstruppe in Togo gefangen genommen, von der französischen Regierung aber zeitweilig nicht als Kriegsgefangener behandelt, sondern aus einem Offiziersgefangenenlager in ein Zivilgefangenenlager gebracht, worauf auf deutscher Seite eine entsprechende Vergeltungsmaßnahme ergriffen wurde.

Großfeuer in einer Summfabrik. In den Gummihöfen Wellmann in Hainholz bei Halle zerstörte ein Großfeuer, das infolge einer Benzinexplosion entstanden ist, den linken Flügel des Hauptgebäudes. Große Mengen an Benzin und Gummi und große Lager von fertigen Fabrikaten nebst 26 Maschinen sind vernichtet. Ein Arbeiter ist verbrannt, ein Feuerwehmann erlitt schwere Verwundungen. Der Schaden geht in die Millionen. — Auch in Oesterreich wurde eine Summfabrik von ähnlichem Unglück betroffen. Infolge einer Kesselexplosion brach in der Summfabrik in Wimpassing bei Kreuntschen ein Brand aus, der einen Materialschaden von über 100 Millionen Kronen verursacht hat. Sämtliche Arbeiter konnten sich retten, doch wurden einige durch Glassplitter verletzt.

Streikende Professoren. Im Polytechnikum Köthen ist ein Streik ausgebrochen. Ein Teil der Dozenten halten keine Vorlesungen und keine Übungen mehr ab. Der Streik richtet sich gegen den Direktor Prof. Hoer, mit dessen Verhalten in der Frage der Verstaatlichung des Polytechnikums die Dozenten nicht zufrieden sind.

Der Kampf um Schwarz-weißrot. In Bremen kam es um die schwarz-weiß-rotten Fahnen zu einem Konflikt. Der von New-Orleans dort ankommende Dampfer „Havelland“ führte die schwarz-weiß-rote Flagge, was ihm bis zum 30. Dezember ohne weiteres zuließ, da erst vom 1. Januar 1922 an die neue Flagge gilt. Trotzdem wollten die den Dampfer begleitenden Schauerleute die Flagge entfernen, wogegen sich aber der Kapitän ganz energisch zur Wehr setzte. Die verlaute, sind auch auf anderen Dampfern Konflikte mit den Arbeitern wegen der Führung der alten Handelsflagge entstanden.

Gabarie eines Stinnesdampfers. Wie aus Hamburg gemeldet wird, kollidierte infolge des starken Nebels der nach dem La Plata ausfahrende Dampfer „Ernst Hugo Stinnes“ beim Offizier vor Cuxhaven mit dem von New York kommenden Dampfer „Havelland“. Die „Havelland“ lief in den Mannschaftsraum des „Ernst Hugo Stinnes“ hinein, wobei fünf Mann der Besatzung verwundet und zwei getötet sind. Der Dampfer „Ernst Hugo Stinnes“ wurde schwer led und mußte auf Strand gesetzt werden.

Ein Raubmörder wurde in Wiesbaden bei Ste-

dergerda festgenommen. Es handelt sich um einen Raubmörder, der infolge der von ihm begangenen Mordtaten mit einem Kommando der Polizei in Wiesbaden erwischt und gefangen wurde. Der Raubmörder ist in einer Strafanstalt nach Berlin verbracht.

In der Kattowitzer Eisenbahn. Auf dem Bahnhof Bielefeld kam es zwischen Arbeitern, die nach Erfurt fahren wollten, und arbeitslosem Gesinde zu einer Schlägerei. Die Arbeiter fielen mit Messern und Stöcken über die Arbeiter her. In der Kattowitzer Eisenbahn wurde ein Arbeiter einen Arbeiter und erschoss zwei Angreifer. Er sollte sich dann selbst der Polizei.

Zwischenfälle im besetzten Duisburg. In Duisburg beschäftigten französische Besatzungsgruppen im Bahnhofgebäude die Passanten. Auf der Straße fielen vier Soldaten, von denen zwei schwer betrunken waren, über einen alten Mann her. Einer der Soldaten schlug diesen davort mit der Faust ins Gesicht, daß er längere Zeit bewußtlos liegen blieb. Durch diese Heftigkeit ermutigt, zogen sie durch die Straßen und überfielen eine Anzahl Passanten, u. a. auch vier Frauen, die sich nur durch die Flucht den Belästigungen der Trunkenbolde entziehen konnten. In der Höhe Straße fiel ihnen ein einzelner Mann zum Opfer. Er wurde schwer mißhandelt, bis es ihm gelang, die Flucht zu ergreifen.

Ausgrabungen gegen den Kasperkauf in Wachen. Der Ausverkauf der Kasperkaufgeschäfte veranlaßte Straßensubstanzungen; es wurden auch Scheiben eingeschlagen und Waren mitgenommen. Als belgisches Militär erschien, ging die Menge auseinander.

Attentat in Paris. In Paris versuchte ein gewisser Boulin den Depotchef des „Petit Parisien“ in der Zeitungstraße Rue Greffant durch einen Revolveranschlag zu töten, traf ihn aber nicht. Boulin, der verhaftet wurde, erklärte, er sei Kommunist.

Allgemeine Viehzählung am 1. Dezember. Am 1. Dezember dieses Jahres findet eine allgemeine Viehzählung statt. Sie erstreckt sich auf Pferde (ohne Militärpferde), Maultiere und Maulesel, Esel, Mindervieh, Schafe, Schweine, Riegen, Kaninchen, Federvieh und Bienenstöcke. Die Ergebnisse der Viehzählung dürfen nur zu amtlichen statistischen Arbeiten; jedoch nicht zu Steuerzwecken benutzt werden. Auf Unterlassung der Anzeige oder Erstattung wissenschaftlich unrichtiger Angaben stehen Gefängnis oder Geldstrafen.

Die Milchlieferung sichergestellt. In einer Bekanntgabe des Reichs Ernährungsministeriums wird darauf hingewiesen, daß eine verstärkte Nachfrage nach Butter eingeleitet hat, die die Butterpreise anheben lasse und damit die Frischmilchlieferungen gefährde. Um sie zu sichern, hat der Minister die Landeszentralbehörden ermächtigt, anzuordnen, daß Milch, die bisher zu Butter oder Käse verarbeitet worden ist, zum Frischmilchgenuss geliefert wird, und daß Frischmilchlieferungen von günstig versorgten Bezugsgebieten an ungenügend versorgte umgestellt werden. Die Milchpreise werden in diesem Falle von der anordnenden Behörde und von einem Schiedsgericht auf Grund der Marktlage festgesetzt.

Verkauf eines historischen Waffens. Die drei Mühren, der altberühmte Waffenhändler in Augsburg ist von der Hotelgesellschaft „Der Jahreszeiten“ in München angekauft worden, deren Aktien daraufhin am Donnerstag an der Münchener Börse um 340 M. gestiegen sind. Der als Fürstenerbprinz berühmte Augsburger Waffenhändler, der schon Karl V., Napoleon I. und während der Sitzungen des Deutschen Bundestages im Jahre 1866 Kaiser Wilhelm I. und so manchen anderen Herrscher in seinen Mauern sah, ist neben dem Jagdhaus gelegen und auch baugeschichtlich berühmt durch seine in glänzender Weise durchgeführte abgestuften Barockdekorationen.

Preissteigerung in Oberammergau. Die Oberammergauer Passionsspiele machen sich schon jetzt in Oberammergau, wo sie alle 10 Jahre stattfinden, wieder bemerkbar. Es werden jetzt schon Lebensmittel zu mehr als verdoppelten Preisen für die Zeit der im nächsten Jahr zu erwartenden Ausländeraufkauf. Weitere Preissteigerungen sind unausweichlich. Der Stadtrat von Schongau verlangt bereits die Beschlebung des nächstjährigen Passionsspiels bis zur Wiederkehr gesunder Verhältnisse. Für Oberammergau und Umgebung liegen bereits bis 140.000 Fremdenanmeldungen vor.

Nachmal's Theaterstreik in Wien? An den Wiener Theatern droht wiederum ein Streik wegen Lohnforderungen. Im Theater an der Wien, im Deutschen Volkstheater und in den Kammertheatern wird bereits gestreikt.

Streikruhen in Brüssel. Anlässlich des Straßenbahnstreiks kam es in Brüssel zu Zusammenstößen zwischen Auswärtigen und Polizei, wobei mehrere Personen, darunter fünf Polizeibeamte, verwundet wurden. Die Auswärtigen griffen mehrere Straßenbahnwagen an und zerstörten die Scheiben. Das sozialistische Syndikat will Beschluß über einen eventuellen Generalstreik fassen.

Keine Nachrichten. Im Besinden des Prinzen Oskar ist eine wesentliche Veränderung nicht eingetreten. Der Schwerezustand ist un- verändert an.

## Gerichtssaal.

Kaiserliches Vorgehen gegen den Wucher. Dem bayerischen Justizministerium wird mitgeteilt, daß in Bayern in der Zeit vom 1. Januar bis 30. September 1921 wesenlichste Handel, Wucher und Wucher.

